

---

# SPD ECHO

---

DEZEMBER 2020

**DIE SÜDBRÜCKE**

**STABIL GEGEN RECHTS**

**ELEKTROMOBILITÄT**



## Aus dem Marktgemeinderat

- 3 Marktrat aktuell
- 4 Besondere Würdigung für Karl Heinz Bein
- 4 Die Südbrücke muss kommen!
- 6 Leserbrief

## Titel:

- 7 Elektromobilität: Hype oder Sackgasse?

## Aus Ort und Kreis

- 10 Wir JUSOS bleiben Stabil gegen rechts!
- 10 Onlinestammtisch der Jusos Miltenberg
- 11 Kreis-SPD fordert weiter Wohnungsbaugesellschaft

## Aus Land und Bund

- 12 Kurzarbeitergeld
- 12 Arbeitsschutz in der Fleischwirtschaft
- 13 Demokratiefördergesetz
- 13 Frauenquote in börsennotierten Unternehmen

## VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir alle blicken auf ein Jahr 2020 zurück, das so niemand hätte vorhersehen können. Die Corona-Pandemie bestimmt unser aller Leben und damit auch das unserer SPD-Kleinwallstadt. Doch würden wir gern auf das gesamte Jahr zurück blicken.

2020 war für uns auch Wahljahr. Wir sind sehr stolz, eine junge Liste auf die Beine gestellt zu haben. Mit viel Engagement und Lust auf Politik wurde der Wahlkampf so nicht zur nötigen Pflicht, sondern zu einer reinen Freude. Daher an dieser Stelle nochmal der große Dank an alle Beteiligten! Am Ende schafften es vier unserer Kandidat:innen in den Marktgemeinderat. Dort übernahm Marco Wetzelsberger den Fraktionsvorsitz. Zudem konnten wir Samuel Herrmann als Jugendbeauftragten der Gemeinde benennen. Unseren Weg, junge Personen für Politik zu begeistern und sie entsprechend zu fördern, gehen wir damit weiter.

2020 gab es auch etwas Großes zu feiern: 100 Jahre SPD-Kleinwallstadt. Wie wir diesem Fest einen würdigen Rahmen verliehen haben, konntest Du bereits in unserer letzten Ausgabe des SPD-Echos lesen.

Nach der Wahl konzentrierte sich durch die Pandemie unser weiteres politisches Engagement auf den Marktgemeinderat. Doch auch hier gab es genug zu tun. Hitzige und leidenschaftliche Diskussionen - davon leben Politik und Demokratie. Doch zog zuletzt ein Benehmen in den Gemeinderat ein, das sich nicht festigen darf. Mit Polemik und Populismus wurden Streits eröffnet und Argumente und Abstimmungen persönlich genommen. Davon können auch wir uns nicht komplett frei sprechen. Eine sachliche Politik im Sinne unserer Bürger:innen ist so jedoch nicht möglich. Es liegt an allen Marktgemeinderat:innen, dies zu ändern.

So blicken wir aber umso gespannter aufs kommende Jahr. Wir sind zuversichtlich, weiter gute Arbeit zu leisten und freuen uns schon darauf, wenn wir die ersten Veranstaltungen wieder stattfinden lassen können und uns endlich wieder persönlich sehen.

Bis dahin wünscht die Redaktion besinnliche Festtage und einen guten Rutsch  
Jürgen Kroth Marco Wetzelsberger Samuel Herrmann Martin Kreuzer

Kleinwallstadt

SPD

## Marktrat aktuell

### September

**+++Installation eines Mahnmals+++**  
Am Bunker Oberhauser Weg wurde auf Initiative des HGV ein Schild errichtet, das auf die Bunker der Wetterau-Main-Tauber-Verteidigungslinie während des 2. Weltkrieges hinweist.

**+++Sanierung Marktschule+++**  
Der Fensteraustausch ist bereits ausgeführt, der Dachstuhlneubau wurde bis Winter in Aussicht gestellt.

**+++Baumfällungen an Schule+++**  
Einige Bäume im Bereich der Schule stellten eine Gefahrenquelle da und mussten gefällt werden. Auf Nachfrage durch MGR Wetzelsberger wurde eine Nachpflanzung durch die Gemeinde in Aussicht gestellt.

**+++Kauf des „Fährhauses“+++**  
Erwerb des „Fährhauses“, unterhalb der Fährstraße, durch die Gemeinde. Ein Teil gehört der historischen Ortsmauer an und beinhaltet die alten Hochwassermarkierungen. Das Projekt kann durch das Städtebauförderprogramm unterstützt werden und bietet mehrere Nutzungsmöglichkeiten.

**+++Baumpflanzaktion 2.0+++**  
Nachdem die Baumpflanzaktion im letzten Jahr so erfolgreich war, wird diese wiederholt. Auch heuer dürfen sich Privatleute mit Streuobstwiesen Hoffnung auf subventionierte Obstbäume machen.

**+++Steinkunstwerk vor der Marktschule+++**  
Christoph Jakob stellte sein Brunnenkonzept für die „Wällstädter Höfe“ vor. Die Ideen des Kleinwallstädter Steinbildhauer wurde begrüßt.

### Oktober

**++Virtuelle Bürgerversammlung++**  
Aufgrund des Corona-Virus fällt die jährliche Bürgerversammlung aus. Bürgermeister Köhler stellte die Möglichkeit einer „virtuellen Bürgerversammlung“ vor. Fragen können u.a. per E-Mail eingereicht werden. Antworten werden via Homepage und Amtsblatt veröffentlicht.

**+++Kleinwallstädter Energibilanz+++**  
Das Bayernwerk stellt Onlinetool vor, über das man die Erzeugung und den Verbrauch von Strom im Ort einsehen kann. Das Tool findest du hier: 

**+++Neue Spielgeräte+++**  
Auf dem Spielplatz wurden drei neue Spielgeräte für Kleinkinder installiert.

**+++Halfpipe für Skaterplatz+++**  
Die neue Anlage ist nun installiert. Der Vorschlag kam von Jugendlichen aus dem Ort. Die Kosten wurden aus dem Erbe Naumann bezahlt.

**+++Sachstand zur Südbrücke+++**  
Bürgermeister Köhler stellte zusammen mit Herrn Weigand und Herrn Schwab vom Staatlichen Bauamt den Sachstand vor. Laut Berechnungen des Bauamtes steigern sich die Kosten von 15 auf 44 Millionen. Dennoch blieben die Kosten für die Kommune bei 1,2 Millionen. In einem Schreiben hatte die Staatsministerin Kerstin Schreyer ihre Zusage zur Finanzierung gegeben. Ein Statement für die SPD wird von MGR Kroth gehalten. Er bemängelt hierbei u.a. die frühere Kostenrechnung und weist auf die gemachten Hausaufgaben der Gemeinde hin. Die Grünen stellen während der anschließenden Diskussion einen Antrag. Sie möchten, dass sich die Kommune aus dem Projekt zurückzieht.

### November

**+++Weihnachtskrippe am Römer+++**  
Am Römer wurde eine Krippe mit lebensgroßen Figuren installiert. Die Figuren stammen von einem Motorsägen-Künstler aus Amorbach. Mit den vielen kleinen Krippen in den Schaufenstern sorgt er für Weihnachtstimmung vor Ort.

**+++Bücherschrank in Hofstetten+++**  
Der neue „Bücherschrank“ steht wettergeschützt am Brunnenplatz. Der Schrank selber ist noch aus Holz. Er soll nächstes Jahr einer bereits angeschafften Telefonzelle weichen. Künftig können hier Hofstetter Bürger sich gegenseitig kostenlos Bücher zur Verfügung stellen.

**+++Stromanschluss für Elektroräder+++**  
Hinter den Fahrradgaragen am Bahnhof wurde ein Stromanschluss installiert.

**+++Neubau einer Kinderkrippe+++**  
Durch Architekt Roth wurde der Planentwurf für die neue Kinderkrippe vorgestellt. Sie soll östlich an den Kindergarten Wolkenpurzler am Pfarrer-Söller-Platz anschließen. In Zukunft sollen hier 36 Kinder in drei Gruppen Platz finden. Die Gesamtkosten werden auf ca. 2.369.000,00 Euro kalkuliert.

**+++Brückenantrag der Grünen+++**  
Die Grünen stellten den Antrag, die Gemeinde solle sich aus dem Projekt Südbrücke zurückziehen. Dieser wurde gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt. Unser Statement hierzu wurde von Marco Wetzelsberger vorgetragen. Es ist auf Seite 4 zu finden.

## Besondere Würdigung für Karl Heinz Bein



Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann (links) überreicht die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze und die dazugehörige Urkunde an Karl Heinz Bein (rechts). Foto: Johannes Hardenacke

Karl Heinz Bein wurde die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung in Bronze von Joachim Herrmann, dem bayerischen Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, im Auftrag des bayerischen Staatsministeriums verliehen. Die Überreichung der Medaille und der zugehörigen Urkunde übernahm Regierungspräsident Eugen Ehmann.

## Die Südbrücke muss kommen!

Um das Projekt „Südbrücke“ entfachten in unserer Gemeinde auf verschiedensten Ebenen Diskussionen – auch im Marktgemeinderat. Anlass war die bekanntgewordene Kostensteigerung des Projekts, das 2013 beschlossen wurde und nach damaliger Prognose 15 Millionen Euro kosten sollte. Inzwischen liegt die Kostenprognose bei 44 Millionen Euro und damit bei dem etwa Dreifachen.

### Großer Unmut über mangelhafte Planungsarbeit

Bekannt wurde uns dies am 26.10.2020 im Rahmen einer nichtöffentlichen Sitzung durch die Herren Schwab und Weigand vom Straßenbauamt Aschaffenburg. Der Schreck über den Preis war bei uns allen groß. Die Erhöhung ist schwer zu verdauen und sie hat fraktionsübergreifend für großen Unmut gesorgt. Hand aufs Herz, wer dachte im ersten Moment nicht auch: „Wohin soll

das noch führen?“ oder gar: „Macht doch was ihr wollt mit der Brücke!“

Es herrschte Einigkeit, dass diese Neuigkeit bei der nächsten öffentlichen Sitzung gegenüber unseren Bürger:innen und der Presse publik gemacht wird.

Die Gründe für die neuen Berechnungen wurden daraufhin vom Straßenbauamt sachlich dargestellt und sind vielfältig. Unter anderem wurden die steigenden Rohstoffpreise, Aufpreise durch Bauänderungen an Rampe und Bahnüberführung sowie Kosten für den Umweltschutz genannt. Auch die Brückenarchitekten wollen bezahlt werden, deren Lohn sich prozentual an den Gesamtkosten orientiert. Zusammengefasst sind die Gründe also Kostenpunkte, die unrealistisch berechnet oder gar nicht erst beachtet wurden und die lange, verstrichene Zeit.

Für uns als Gemeinde lässt sich festhalten: es wurde stets konstruktiv mitgearbeitet und alle Termine, Aufgaben und Beschlüsse wurden zeitnah eingehalten und gefasst. Das Projekt wissen wir auch zukünftig bei unserer Verwaltung in guten Händen. Die Arbeitsplanung, Auftragsvergabe, Bauüberwachung wird durch eine Erhöhung des Preises nicht beeinträchtigt.

### Fragliche Prozesse

Dagegen stellen sich einige Frage an die anderen beteiligten Behörden. Für den zeitlichen Verzug und die daraus resultierenden Kosten sind einzig und allein die bayerischen Behörden verantwortlich. Was hat so lange gedauert?

Das Straßenbauamt Aschaffenburg betonte nochmals die verkehrspolitische Bedeutung zur Entlastung der umliegenden Brücken. Wann endlich wurde die Wichtigkeit auch bei den übrigen Behörden erkannt?

Inzwischen wurde der Landtagsabgeordnete Berthold Rütth (CSU) eingeschaltet, der sich mit der zuständigen Ministerin Schreyer (CSU) in Verbindung setzte. Wieso war er Adressat ihrer Antworten und Informationen, statt unsere Gemeinde als Bauträger? Unser Projekt „Südbrücke“ wird dadurch übrigens keinesfalls zur „Rütthbrücke“! Bei der Betrachtung dieser CSU-internen Kommunikation bleibt schon ein fader Beigeschmack.

Zudem bedauern auch wir, dass es bezüglich unserer Kostenbeteiligung keinen schriftlichen Vertrag aus dem CSU-Ministerium gibt. Wir sehen jedoch weiter sowohl Ministerin Schreyer als auch den Freistaat Bayern in der Pflicht, Wort zu halten, nachdem unser Eigenanteil der gleiche bleibt, wie 2013 berechnet.

Seitens der Fraktion der Grünen gab es einen Antrag, sich als Gemeinde aus dem Projekt zurück zu ziehen. Argumentiert wurde, unsere Gemeinde sei nicht in der Lage, dieses Projekt zu leiten. Zudem gäbe es noch keine feste Vereinbarung über die Kostenbeteiligung durch unsere Gemeinde. In diesen beiden Punkten haben wir unsere Meinung bereits dargelegt, die somit von der Meinung der Grünen abweicht. Die Kritik an der Kostensteigerung und der Kommunikation in München, teilen wir jedoch.

### Wir halten an der Südbrücke fest

Bis heute sind wir im Gemeinderat zusammen auch mit den anderen Parteien einen weiten Weg gegangen, damit die Südbrücke Gestalt annimmt. Den Antrag der Grünen zu unterstützen hieße für uns eine Rolle rückwärts zu machen. Viel Arbeit wäre damit zu Nichte gemacht, der Ausgang ungewiss.

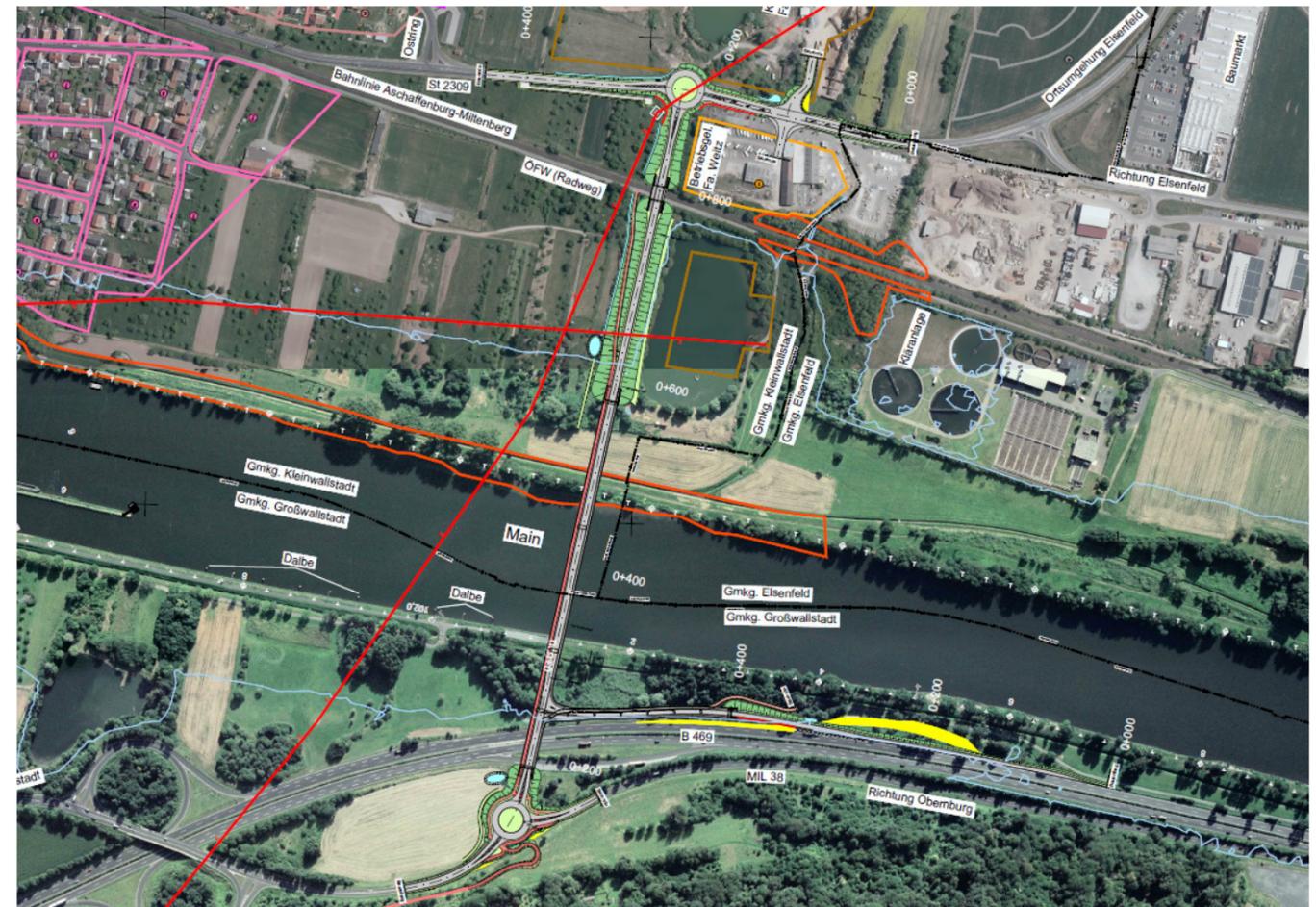
Würde die Planung erneut in den unteren Schubladen der Behörden verschwinden? Müsste erneut eine Diskussion um die Umgehungsstraße geführt werden? Müssen wir dann wieder um unsere geliebten Streuobstwiesen

bangen? Nein Danke, diese Fragen wollen wir uns erst gar nicht mehr stellen.

Ein Rückzug aus dem Projekt würde auch weitere Verzögerungen – und damit weitere Kostensteigerungen – bedeuten. Diese Kosten würden wir am Ende als Steuerzahler:innen alle tragen müssen, egal durch welchen Topf gedeckt werden.

Für uns bleibt das Festhalten am Projekt „Südbrücke“ alternativlos. Sie verhindert eine Umgehungsstraße um Kleinwallstadt. Sie entlastet die Mainbrücken bei Sulzbach und Elsenfeld und damit hunderte Pendler:innen unter uns. Sie reduziert den Durchgangsverkehr in Kleinwallstadt. Sie verkürzt die Strecke zur B469 und macht Kleinwallstadt damit insgesamt attraktiver und lebenswerter. Wir brauchen sie weiter schnellstmöglich und lehnten deshalb den Antrag der Grünen ab.

**Für uns als SPD-Kleinwallstadt gilt wie bereits 1984 konsequent: „Nein“ zur Umgehungsstraße und „Ja“ zur Südbrücke.**



Quelle: Staatliches Bauamt Aschaffenburg/ Übersichtslegeplan Mainbrücke südlich Kleinwallstadt

## Leserbrief:

Zur Kleinwallstädter Südbrücke gab es neuerdings heiße Diskussionen an verschiedenen Stellen. Herr Gebhardt forderte hier per Leserbrief, alle Fakten auf den Tisch zu legen. Daran möchte ich grundlegend anknüpfen.

Der erste zu findende Bericht stammt aus 2013. Die Kernfakten zum Projekt damals: Kosten i.H.v. 15 Mio. Euro, Planungsende 2014, Baubeginn 2015, Bauende 2017. Die nächsten frei einzusehenden Berichte stammen dann aus dem Jahr 2018. Sie beinhalten Planungsverzögerungen durch unterschätzte Schwierigkeiten, bspw. in Sachen Naturflächen und Gashochdruckleitungen. Die Prognose aus 2018: erste Ausschreibungen 2020, Baubeginn 2021, Bauende 2024. Die gestiegene Bauzeit basiert auf hinzugekommene Bauabschnitte. Zu den Kosten wurde leider kein öffentlichkeitswirksames Wort verloren.

### Kritische Betrachtung würde Glaubwürdigkeit fördern

Nun haben wir 2020. Entgegen der letzten Planung gab es immer noch keine Ausschreibung. Wir befinden uns also wieder im Verzug – nur zwei Jahre nach der letzten Zeitplanung. Umso erstaunlicher: dennoch wird mit einem Bauende 2024 gerechnet. Da stellt sich die Frage, ob hier etwas schöneredet werden soll, statt bei den nüchternen Fakten zu bleiben.

Ebenso bemerkenswert ist die Kostenexplosion von ursprünglich veranschlagten 15 auf inzwischen 44 Mio. Euro. Hierfür sollen vor allem Preissteigerungen im Brückenbau seit 2011 der Grund sein. Und genau hier liegt ein Punkt, an dem angesetzt werden sollte. Wieso hat die Planung so lange gedauert? Sicherlich benötigt es Zeit, um Projekte voranzutreiben, bei denen so viele Stellen wie die Kommunen, das Bauamt, das zuständige Staatsministerium und viele mehr beteiligt sind. Dennoch muss man sich die Frage stellen, ob jede beteiligte Institution alles dafür getan hat, um das Projekt schnellstmöglich voranzutreiben und entsprechend Kosten zu vermeiden.

Es ist klar, dass eine Debatte darüber keinen einzigen Euro spart. Doch wenn es um Steuergelder und auch um Glaubwürdigkeit geht, ist man den Bürger:innen eine entsprechende kritische Betrachtung schuldig. Auch bemerkenswert: beim zuständigen Staatsministerium findet man online erste Projektdetails zu einer möglichen Südbrücke aus dem Jahr 2009. Von dieser Seite wurde damals mit Kosten i.H.v. 22 Mio. Euro gerechnet. 2013 ging das Aschaffenburg Bauamt von 15 Mio. Euro aus.

Mangelt es dort an Kommunikation? Oder wurde damals eventuell schon zu optimistisch gerechnet?

### Südbrücke bleibt unumgänglich

Auch wenn einige Jahre vergangen sind, bestehen die Gründe für den Bau der Brücke weiter fort – oder wurden sogar größer. Die Auslastung unseres Straßenverkehrs muss dringend verringert werden. Weiter ist die „Alternative“ Umgehungsstraße nach wie vor keine. An der Südbrücke festzuhalten, ist essentiell.

Wichtig ist aber auch, das Thema Verkehr ganzheitlich zu betrachten. Während viel Geld in unsere Straßen gesteckt wird, bleiben Investitionen in gleichem finanziellem Rahmen im ÖPNV leider aus. Es muss für die Zukunft in Alternativen investiert werden.

### Wer Transparenz fordert, muss diese ebenso liefern

Zuletzt möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der mich beim Lesen des Textes von Herrn Gebhardt sehr stutzig gemacht hat. Dort war die Rede davon, dass „die Mehrheit von CSU, Freie Wähler und SPD die Angelegenheit nur in nichtöffentlicher Sitzung behandeln wollte“. Zudem wurde angeführt, dass Schwierigkeiten durch die Bodenverhältnisse „weder in der Bauplanung noch bei den Kosten berücksichtigt sind.“ Woher kommen diese Infos? Sowohl die Frage, ob ein Thema nichtöffentlich behandelt wird, als auch genaue Bau- und Finanzplanungen werden durch die Gemeinde in aller Regel vertraulich behandelt. Sind die Informationen also aus einem internen Kreis? Oder handelt es sich um Mutmaßungen? Wer Transparenz fordert, muss diese ebenso liefern.

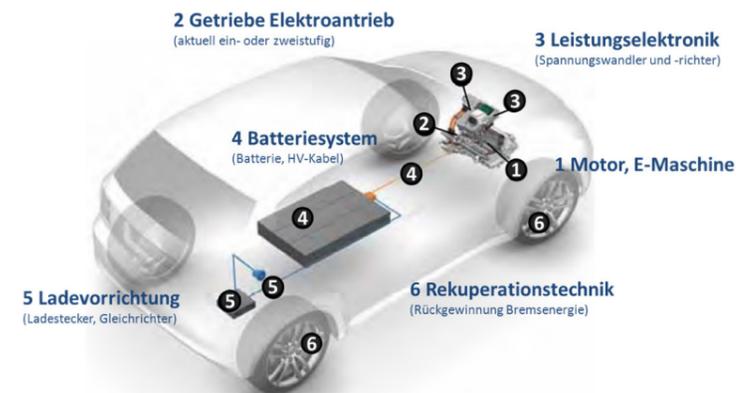
P.S.: Die hier verwendeten Informationen sind alle über gängige Suchmaschinen im Internet zu finden.

Gerhard Jakob, Kleinwallstadt

## Elektromobilität: Hype oder Sackgasse?

Ein Beitrag zum Nachdenken

### Überblick Aufbau Elektrofahrzeug



Quelle: Fahrzeugbild aus ZF (2016), S. 28.

Elektromobilität ist ein hochgradig vernetzender Industriezweig, der sich auf das Erfüllen von Mobilitätsbedürfnissen unter Nachhaltigkeitsaspekten fokussiert und dafür Fahrzeuge nutzt, die einen Energiespeicher mitführen sowie einen Elektroantrieb verwenden, der im Grad der Elektrifizierung variieren kann.

Primärer Vorteil von Elektrofahrzeugen gegenüber Verbrennerfahrzeugen ist – sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch aus ökologischer Sicht – die lokale Abgas-Emissionsfreiheit. Für eine ganzheitliche Lebenszyklusanalyse müssen zusätzlich die bei der Energieerzeugung und -bereitstellung anfallenden Emissionen und Verbräuche (Graue Energie) berücksichtigt werden. Die maximale Emissionsfreiheit ist dabei an die Verwendung von erneuerbaren Energiequellen gebunden. Elektrofahrzeuge emittieren für den Fahrbetrieb weniger Kohlenstoffdioxid, bei ihrer Herstellung jedoch mehr. Eine 2010 veröffentlichte Studie des interdisziplinären EMPA-Forschungsinstituts des Bereichs Materialwissenschaften und Technologie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) kam zu dem Ergebnis, dass bei Elektroautos etwa 15 % der gesamten Umwelteinflüsse auf die Herstellung der Akkumulatoren entfallen. Hier muss die Bilanz durch technischen Fortschritt noch deutlich verbessert werden. Zu den Akkus selbst und der Ökobilanz jedoch später mehr.

### Was ist für das Laden der Akkus wichtig?

Abgesehen von verschiedenen technischen Restriktionen in der Akkutechnik ist die Ladegeschwindigkeit vor allem von der Leistung des Ladegerätes abhängig. Während der Ladevorgang bei einem herkömmlichen Haushaltsanschluss mit 3,3 kW bei einem Elektrofahrzeug mit einer Batterie von etwa 20 kWh ca. 6–8 Stunden dauert, so reduziert ein 10-kW-Anschluss die Ladezeit auf ca. 2–3 Stunden. Deutlich schnellere Ladezeiten sind mit Schnellladeeinrichtungen möglich: Bei 50 kW ist ein Elektrofahrzeug in ca. 30 Minuten geladen, bei den in Entwicklung befindlichen 100-kW-Anschlüssen in ca. 15 Minuten.

Hier haben wir bereits das erste Problem. In vielen Gemeinden ist das Stromnetz veraltet, nämlich noch aus den 1960-er Jahren stammend. Wird also eine Schnellladung von mehreren Fahrzeugen in einer Straße zeitgleich vorgenommen, so kann die Stromversorgung des ganzen Ortes zusammenbrechen. Somit reicht die aktuelle Infrastruktur nicht, um Elektromobilität für die breite Masse überhaupt zu ermöglichen. Dafür wären hohe Investitionen nötig, die bisher noch nicht geplant sind.

### Wie wird der Strom produziert?

Abgesehen von der Fehlenden Infrastruktur vor Ort, macht ein Elektrofahrzeug dann Sinn, wenn es mit nachhaltiger Energie versorgt wird. Also Solarstrom, Windkraftstrom oder Energie aus Wasserkraft.

Bereits heute jedoch ist der vorhandene Ökostrom zu 100% an Abnehmer verkauft. Der Strom für die Elektromobilität ist ein Faktor, der hinzukommt. Er muss zusätzlich produziert werden. Dafür, müsste man zusätzliche Kapazitäten schaffen. Dies scheint in absehbarer Zeit jedoch noch nicht umsetzbar. Also werden die Elektrofahrzeuge mit „dreckigem“ Strom betankt.

### Woher soll der Strom kommen?

Eigentlich ist das deutsche Stromnetz für Durchleitungen in großem Stil ungeeignet.

Strom sollte maximal über 50 bis 60 Kilometer transportiert werden, um die Leitungsverluste einzugrenzen, so RWE.

Im Jahr 2019 betragen die Netzverluste 2,26 TWh. Sie wurden zu durchschnittlichen Kosten von 3,4 ct/kWh beschafft. Die durchschnittlichen Netzverluste der Höchstspannungsebene betragen 216,4 MW die der Umspannung 41,8 MW. Im Jahr 2018 betragen die Netzverluste 2,51 TWh.

Die Idee also, Strom aus Windparks an der Nordsee nach Bayern zu liefern ist physikalisch Unsinn. Das sind Probleme, welche die Energiewende generell betreffen und die gelöst werden müssen. Konkrete Pläne hierfür oder gar festgelegte zeitliche Ziele, sind jedoch noch nicht vorhanden. Auch hier sind wir noch nicht soweit und müssen den technischen Fortschritt sowie die Umsetzung abwarten.

**Was braucht man an Rohstoffen für ein Elektrofahrzeug?**

Neben den vielen Rohstoffen wie sie auch für Verbrennerautomobile benötigt werden, gibt es Ersparnisse bei Getriebe, Motor usw.

Hingegen wichtig ist das Element Neodym für die Magnete eines Elektromotors.

Das Metall wird in Form der Legierung Neodym-Eisen-Bor für starke Permanentmagnete verwendet. Es zählt damit auch zu den Metallen der Seltenen Erden.

Neodym-Eisen-Borverbindungen werden verwendet zur Herstellung stärkster Magnete. Sie werden genutzt für Kernspintomographen, Mikromotoren und Festplatten (Positionierung der Schreib-/Leseköpfe), Dauermagnetrotoren (z. B. Schritt- und Servomotoren), effiziente permanenterregte Synchronmaschinen z. B. in ca. 15% der Windkraftanlagentypen, zum Antrieb von Elektro- und Hybridfahrzeugen sowie als Modellbau-Antriebe, Linear-motoren für Positionierachsen (z. B. CNC-Maschinen).

So braucht man beispielsweise für einen BMW i3 Elektro PKW ca 2,5 kg Neodym.\*) Für eine Windkraftanlage bereits 65 bis 600kg Neodym.\*)

**Vorkommen**

Der wichtigste Lieferant mit 97 % der Weltproduktion ist China. Das führt dort zu erheblichen Umweltproblemen. „Bei der Trennung des Neodyms vom geförderten Gestein entstehen giftige Abfallprodukte, außerdem wird radioaktives Uran und Thorium beim Abbauprozess freigesetzt. Diese Stoffe gelangen zumindest teilweise ins Grundwasser, kontaminieren so Fauna und Flora erheblich und werden für den Menschen als gesundheitsschädlich eingestuft.“ berichtet das ARD-Fernsehmagazin Panorama.

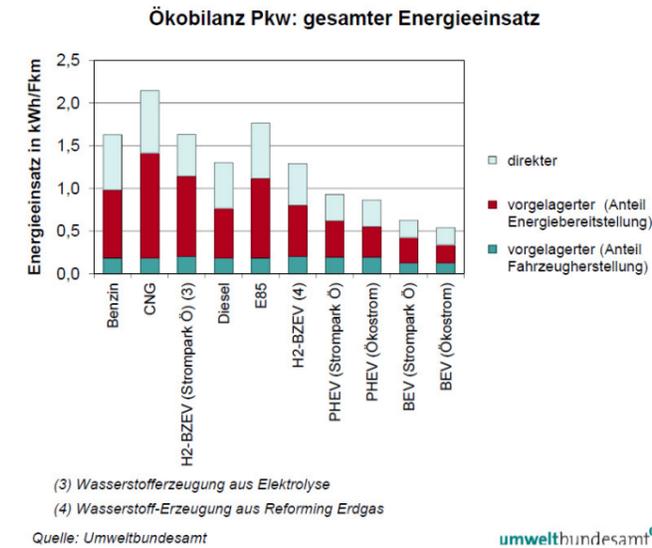
Weitere wirtschaftlich verwertbare Vorkommen finden sich in Australien.

Damit haben wir das nächste Problem: Würde man alle Autos in der Bundesrepublik auf Elektroantrieb umstellen, so reichen die Weltvorkommen an Neodym nicht aus um dieses umzusetzen. Vorher würde China sicherlich

die Lieferungen wegen Eigenbedarf einstellen. Auch hier müssen wir also auf neue Erkenntnisse der Wissenschaft warten, um Alternativen zu finden.

**Wie steht es aktuell um die Ökobilanz?**

Nachfolgend eine Übersicht über den Gesamter Energieeinsatz der einzelnen Fahrzeugvarianten.



kWh = Kilowattstunden  
Fkm = Fahrzeugkilometer  
grau: Energieeinsatz um das Fahrzeug fortzubewegen  
rot: Energieeinsatz zur Bereitstellung von Treibstoff oder Strom  
hellblau: Energieeinsatz zur Fahrzeugherstellung

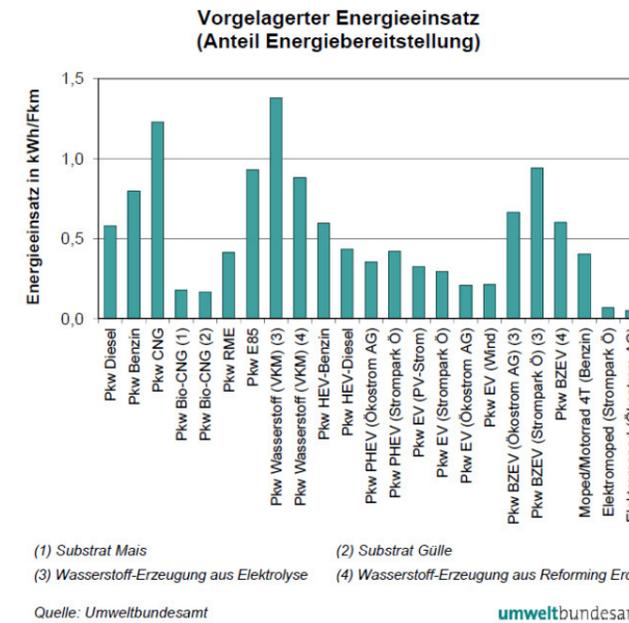
Gemäß obiger Darstellung sind Vorteile bei der Ökobilanz von Elektrofahrzeugen (im Diagramm mit BEV betitelt) erkennbar.

Ein weiterer großer Nachteil der Elektromobilität sind die Akkus. Sie sind giftig, wodurch ihre Entsorgung weitere Probleme verursacht, welche jedoch noch nicht gelöst wurden. Daher ist diese Entsorgung in der Bilanz noch nicht berücksichtigt.

**Fakten:**

- **Verbot von Verbrennungsmotoren bisher nicht beschlossen**
- **Kaufprämie und Steuervorteile für E-Autos**
- **50.000 öffentliche Ladepunkte bis 2023**
- **Neuzulassungen 9/2020: 8% E-Autos, 20% Hybride**

**Wie sieht es dagegen bei vorgelagerten Prozessen aus?**



Fkm: Fahrzeugkilometer  
CNG: Erdgas  
RME: Biodiesel aus Raps  
VKM: Verbrennungskraftmaschine  
HEV: Hybrid-Elektrofahrzeug  
PHEV: Plug-in-Hybridfahrzeug  
EV: Elektrofahrzeug  
BZEV: Brennstoffzellen-Elektrofahrzeug

Hier schneiden Dieselfahrzeuge gar nicht so schlecht ab.

**Das Fazit**

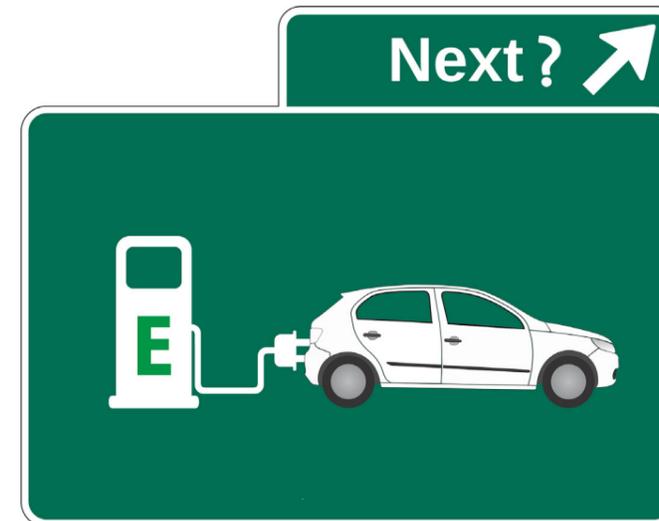
Es muss festgestellt werden: Aktuell sind wir noch nicht dafür gewappnet, unsere Mobilität im großen Stil elektronisch zu betreiben. Die Probleme ergeben sich bei den Rohstoffen für die verwendeten Magnete, deren Herstellung, der Ökobilanz der Akkus, der Bereitstellung von erneuerbarer Energie, dem Transport dieser Energie und die Belastbarkeit der Netze vor Ort für jeden Ladevorgang. Damit ist die Liste der Probleme noch ziemlich lang und wir müssen uns fragen, ob es sich dabei nicht um eine Sackgasse handelt. Es sind viele Investitionen sowie weiterer technischer Fortschritt nötig. Aus wissenschaftlicher Sicht, ist das politische Ziel, momentan nicht umsetzbar. Ist der jetzt schon eingeschlagenen Weg damit der richtige? Eine alternative Form steht mit dem Wasserstoffantrieb bereits parat, wird von der Politik – in Bund und Ländern und damit unabhängig von Parteien – lange nicht so beachtet wie die Elektromobilität.

Um die künftige Mobilität mit individuellen Fahrzeugen aufrecht zu erhalten, wird es darauf ankommen, verschiedene Technologien parallel zu betreiben. Wichtige Aspekte hierbei sind

- die Abhängigkeit von importierten Rohstoffen zu verringern
- eine möglichst umweltschonende Energiebilanz bei der Produktion und dem Lebenszyklus.

Vielleicht sollten wir nicht gleich dem Hype blind folgen, sondern den Empfehlungen und Warnungen der Wissenschaft mehr Beachtung schenken.

\*)Quelle: Fraunhofer Gesellschaft



### Wir Jusos bleiben stabil gegen rechts!



Am 3. Oktober feierten wir 30 Jahre Deutsche Einheit, letztes Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Beides steht sinnbildlich für die Demokratie, in der wir leben wollen und ihre Prinzipien, die es zu verteidigen gilt. Vielleicht mehr denn je. Der Mord an Walter Lübcke, Anschläge in Halle und Hanau mit insgesamt zwölf toten, Reichskriegsflaggen auf den Treppen unseres Reichstags – das alles sind Warnsignale, es ist Zeit wieder aufzustehen und unsere Werte zu verteidigen! Aufstehen für Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, damit Meinungen wieder respektiert statt mit Drohungen quittiert werden. Aufstehen gegen die Feinde unserer Demokratie, gegen die Gewalttäter sowie den geistigen Brandstiftern. Aufstehen für eine offene Gesellschaft, in der jeder gleich ist und Diskriminierung keinen Platz hat. Aufstehen für unsere Zukunft und zwar mit allen Mitteln. Jenen des Staates und jenen jeder und jedes Einzelnen von uns. Auf den Straßen genauso wie in unseren Parlamenten, in die es die Verfassungsfeinde mit ihren menschenverachtenden Weltanschauungen inzwischen geschafft haben.

Für uns Jusos ist der Weg klar. Genau so wie die SPD gilt bei uns seit jeher: kein Fußbreit den Faschisten! Des-

halb fordern wir alle dazu auf, unsere Werte gemeinsam zu verteidigen! Macht den Mund auf, wenn es jemand mit plumpen rechten Parolen versucht. Schaut nicht weg, sondern argumentiert dagegen, teilt eure Ansichten mit euren Freundinnen und Freunden und sorgt dafür, dass es die Feinde unserer Demokratie, nicht mehr in unsere Parlamente schaffen!

Neben vielen anderen Themen und Diskussionen war auch die „Stabil gegen Rechts!“-Aktion Thema beim Stammtisch der Jusos Miltenberg in der Sportgaststätte Eintracht in Kleinheubach. Außerdem sammelte man Ideen für die Planung des nächsten Jahres und tauschte sich über das aktuelle politische Geschehen aus. Weitere Aktionen, um für eine offene Gesellschaft einzutreten, sollen folgen.



### Online-Stammtisch der Jusos Miltenberg mit vielen Themen

Miltenberg den 23. November 2020. Besondere Zeiten erfordern alternative Wege. Durch die aktuelle coronabedingte Lage wurde deshalb der vergangene Stammtisch der Jusos Miltenberg online abgehalten und erfreute sich wieder reger Teilnahme. Denn auch, wenn im gesellschaftlichen Leben momentan wenig stattfindet, passiert weltweit genug, was Anlass zur Diskussion gibt. So beschäftigte man sich mit vielen aktuellen Themen, die weltweit Aufmerksamkeit bedürfen.

#### Viele Feinde von Demokratie und Weltoffenheit

Mit der Präsidentschaftswahl in den USA, stand eine Wahl mit internationaler Tragweite in den vergangenen Wochen im Fokus der Medien. Auch die Jusos Miltenberg begrüßen ihren Ausgang mit dem Sieg Joe Bidens und dem damit verbundenen Machtwechsel im weißen Haus sehr. Dennoch ist es erschreckend zu sehen, wie über Monate hinweg mit Kalkül von einem amtierenden, demokratisch gewählten Präsidenten versucht wird, das eigene politische System zu destabilisieren, um es für persönliche und egoistische Vorteile zu nutzen.

Dieses Vorgehen kam vergangenen Mittwoch, am 18.11.2020 auch im Bundestag ans Licht, als Gäste der AfD versuchten, durch ein aggressives Auftreten inklusive Beschimpfungen und Beleidigungen Abgeordnete bei ihrer Freien Willensbildung zu beeinflussen und so zu nötigen. Hintergrund der Aktion war das Infektionsschutzgesetz. Sowohl die Bundestagsdebatte und die Einschüchterungsversuche im Reichstag selbst, als auch die Demonstra-

tion von Rechtsextremen unter dem Schleier der Querdenker zeigen auf, wie viele Feinde der Demokratie in Deutschland zu finden sind. Dass es deshalb höchste Zeit ist, sich geschlossen und aktiv für unsere Demokratie einzusetzen, machten wir bereits in der Vergangenheit mit unserem Statement deutlich.

#### Kampf für Gleichberechtigung weiter im Fokus

Auch der Feminismus wurde diese Woche diskutiert, unter anderem bei Anne Will. Dort stellte unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz zum Thema gendergerecht Sprache fest, „dass wir mit jemandem zusammen regieren, der nicht mal versteht, was damit gewollt ist.“ Der Beweis folgte sogleich, als der ebenso eingeladene Friedrich Merz darauf zunächst lachte und bei der Antwort überhaupt nicht auf das Thema Feminismus und Gendergerechtigkeit einging. Stattdessen zeigte er kein Verständnis dafür, sich über gendergerechte Sprache zu unterhalten: „Ich glaube wir müssen hier die Prioritäten mal etwas sortieren und ordnen.“ Viel wichtiger sei doch, dass China das weltgrößte Freihandelsabkommens beschloss, man solle doch darüber diskutieren. Dass die Junge Union jenen Friedrich Merz jüngst zu ihrem Favoriten im Rennen um den Parteivorsitz ernannte, bestätigt, wie sehr es bei der Union um gesellschaftlichen Fortschritt bestellt ist. Durch solche Aussagen bleibt es leider wenig verwunderlich, dass wir in unserer Gesellschaft immer noch Ausgrenzung von queeren Menschen erleben. In der Vergangenheit gab es dazu bereits Aktionen und Workshops gemeinsam mit der Grünen Jugend und der Linksjugend. Hier hört unsere Arbeit jedoch nicht auf und wir Jusos sind dabei, weitere Aktionen zu planen, um der Gleich-

berechtigung die Aufmerksamkeit zu geben, die sie in unserer Gesellschaft braucht. Konkrete Ergebnisse hiervon sind Anfang des kommenden Jahres zu erwarten.

#### Weitere Arbeit in der Zukunft

Als Abschluss wurde durch die Jusos noch der neu eingeführte „Energie Monitor“ des Landkreises Miltenberg kritisch unter die Lupe genommen. Auf dem ersten Blick sieht er zwar schön aus, wirft jedoch bei weiterer Auseinandersetzung einige Fragen auf. Hierzu werden wir uns noch einmal gesondert äußern. Trotz Corona bleibt der Wille, unser Zusammenleben aktiv mitzugestalten, was sich durch den Stammtisch erneut zeigte. Unsere politische Arbeit geht weiter und wir freuen uns schon darauf, unsere Ergebnisse bald präsentieren zu dürfen.

#### Kreis-SPD fordert weiter Wohnungsbaugesellschaft

Die SPD-Kreistagsfraktion beschäftigt sich mit einem der zentralsten Themen, die es in unser aller Leben gibt: dem Wohnen. Da auch bei uns im Landkreis die Anzahl an Angeboten sinkt und die Preise steigen, wird Wohnen auch hier zum Luxus und bleibt nicht mehr sozial. Um dem entgegen zu wirken, stellte die SPD im Dezember 2019 im Kreisausschuss einen Antrag mit dem Ziel, eine Wohnungsbaugesellschaft ins Leben zu rufen. Die Idee: der Kreis und Gemeinden können sich beteiligen, um selbst Projekte umzusetzen. Ermöglicht wären dadurch Kauf und Renovierung bestehender Gebäude, Neubau von Wohn- und Geschäftsflächen sowie An- und Weitervermietung von Wohnungen an sozial schwache.

Der Weg dorthin wurde im Antrag auch bereits skizziert: Der Landkreis soll den Bedarf einer solchen Wohnungsbaugesellschaft prüfen. Anschließend soll sich mit der Form auseinandergesetzt werden, da sowohl ein Kommunalunternehmen als auch eine GmbH oder eine Genossenschaft möglich wären. Die Bedarfsprüfung wurde vom Kreistag im Dezember 2019 auch beschlossen. Doch passierte seither nichts. Es wurde kein geplanter Arbeitskreis eingesetzt und die Bedarfsprüfung fand noch nicht statt. Somit geht wertvolle Zeit verloren, um ein Projekt voranzutreiben, das so vielen Bürger:innen nutzen würde.

Die SPD fordert daher, dass der bereits gefasste Beschluss durch den Landrat höher priorisiert wird. Ein Arbeitskreis muss eingesetzt und der Bedarf in den Gemeinden des Landkreises geprüft werden. Wir werden weiter Druck machen, damit Wohnen im Landkreis Miltenberg wieder sozialer wird.

#### Fakten:

- **Anzahl an Sozialwohnungen in Bayern in den letzten 20 Jahren halbiert**
- **Nur drei bis vier Prozent an Neubauten sind Sozialbauten**
- **Mieten im Zeitraum von vier Jahren ca. 22 Prozent gestiegen**
- **2013 fielen dank der Landesregierung (CSU) 1.042 Sozialwohnungen der Bayerischen Wohnungsbaugesellschaft an private Investoren**

## Kurzarbeitergeld wird verlängert!



### Arbeitsschutz in der Fleischwirtschaft

Lange stellte sich die Union quer. Ihre Argumente waren eins zu eins die der Fleischindustrie. Wie viel Lobbyarbeit dahinter steckt, lässt sich von außen schwer sagen. (Ein Lobbygesetz, wie es die SPD fordert, aber wiederum die Union verhindert, wäre da hilfreich.) Nun haben wir uns aber durchgesetzt und können endlich durch verschiedene Maßnahmen für steigende Gerechtigkeit in der Fleischindustrie sorgen.

Bisher gab es bereits viele Regularien in der Fleischindustrie. Dass es dennoch durch riesige Missstände kam, wie sie gerade durch die aktuelle Pandemie offengelegt wurden, lag an unzureichenden Kontrollen. Deshalb werden jetzt bundeseinheitliche Standards für die Kontrollen der Betriebe gesetzt und die Anzahl an Kontrollen erhöht. Zudem wird eine Bundesfachstelle „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ eingerichtet.

Um gegen Verstöße gegen die Arbeitszeitregelungen vorzugehen, werden die Bußgelder bei Verstößen verdoppelt. Zudem werden elektrische Systeme zur Arbeitszeitaufzeichnung Pflicht, um diese besser kontrollieren zu können.

Das mit größte Problem stellten die niedrigen Löhne in der Fleischindustrie dar. Durch undurchsichtige Strukturen von Subunternehmen wurden Regelungen umgangen und Kontrollen erschwert. Künftig ist das nicht möglich. Das eigentliche Schlachten und Zerlegen darf nur noch durch Arbeitnehmer:innen des eigenen Unternehmens verrichtet werden. Zudem werden Werksverträge und Leiharbeit verboten.

Auch die Unterkünfte werden verbessert. Hierfür werden die bestehenden Bestimmungen überarbeitet und in eine neue Arbeitsstättenverordnung aufgenommen, die branchenübergreifend gilt. Die ersten Maßnahmen treten bereits am 1. Januar 2021 in Kraft.

### Kurzarbeitergeld

Die Corona-Krise bestimmt dieses und auch noch nächstes Jahr unseren Alltag in allen Bereichen. In der Familie, in der Freizeit aber vor allem auch an unseren Arbeitsplätzen. Viele Unternehmen mussten ihre Mitarbeiter:innen in Kurzarbeit schicken, um überleben zu können. Das stellt jeden vor neue finanzielle Herausforderungen, sichert aber zumindest den Arbeitsplatz. Deshalb ist die Kurzarbeit ein Modell, das in der Krise weltweit von Ländern übernommen wurde, weil es unsere Sozialdemokratie vor gemacht hat.

Um unsere Arbeitsplätze auch langfristig zu sichern, haben die Unternehmen nun Planungssicherheit. Wir haben das Kurzarbeitergeld bis Ende 2021 verlängert und auch weiter erhöht. Dafür eingesetzt hat sich allen voran unser Bundestagsabgeordneter Bernd Rützel, der hierfür auch eine Rede im Deutschen Bundestag hielt. Politik, die bei uns allen ankommt.



### Demokratieförderungsgesetz

Ein weiteres Gesetz, das die Union lange blockierte, konnte erkämpft und verabschiedet werden: das Demokratieförderungsgesetz sorgt mit insgesamt 89 Maßnahmen dafür, Radikalisierungen und extremistische Strukturen präventiv zu verhindern und auch zu bekämpfen.

Zu den Maßnahmen zählt, dass Initiativen gegen Extremismus nun dauerhaft finanziell gefördert werden, statt mit immer neuen Projekten die finanzielle Unterstützung beantragen zu müssen. „Wir stellen die Förderung einer lebendigen, weltoffenen und bunten Zivilgesellschaft auf eine stabile Basis – quasi als Bollwerk gegen fremdenfeindliche und rassistische Umtriebe“ sagte Olaf Scholz als Finanzminister und Vizekanzler zur Maßnahme.

Weitere Maßnahmen sind das Streichen des Begriffs der „Rasse“ aus dem Grundgesetz, das Verbessern der Forschung zu demokratischen Einstellungen, Rechtsextremismus und Rassismus, eine Einbürgerungs-

offensive und das kriminalisieren von „Feindeslisten“, wie sie von Nazis im Netz erstellt und verteilt werden, um ihre Hetzkampagnen zu initiieren. Insgesamt werden in den nächsten vier Jahren 1.1 Milliarden Euro in den Kampf gegen rechts gesteckt.

### Frauenquote in börsennotierten Unternehmen

Wirft man einen Blick auf die Vorstände vieler deutscher Firmen, findet man häufig keine einzige Frau. Das ändert sich nun. In Vorständen börsennotierter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern muss künftig spätestens ab einer Neubesetzung eine Frau dabei sein. Dieses Ziel konnte nach hartem Ringen mit der Union erreicht werden.

Doch wieso ist die Frauenquote wichtig? Dass Frauen und Männer gleich fähig sind, zeigen viele Studien. Dass Frauen selten in Führungspositionen zu sehen sind, passt mit diesem Hintergrund nicht zusammen. Argu-

mente wie „Die Familie kommt dazwischen“ oder „die meisten Frauen wollen ja gar nicht“ sind auch widerlegt. Und selbst wenn sie stimmen würden: die Zahl motivierter Frauen mit entsprechenden Voraussetzungen und Fähigkeiten, eine solche Position einzunehmen, wäre immer noch höher als die momentane tatsächliche Anzahl von Frauen in Vorständen. Das zeigt: es liegt ein strukturelles Problem vor.

Ein weiteres Gutachten zeigt, dass freiwillig auferlegte Pflichten, um eine festgeschriebene Quote zu verhindern, kaum Effekte. Sie waren also eher Ausreden als ernst gemeinte Lösungsansätze. Und so muss es leider doch die gesetzlich festgelegte Quote geben. Und die Unternehmen werden davon profitieren. Ökonomen begrüßen die Quote, da viele Studien zeigen, dass Vorstände erfolgreicher arbeiten, wenn sie divers aufgestellt sind.

„Wir setzen ein Zeichen für eine zukunftsfähige, moderne Gesellschaft. Wir schöpfen alle Potenziale unseres Landes aus, damit die Besten in gemischten Teams erfolgreicher sein können. Weil sich freiwillig nichts tut und wir Vorgaben brauchen, um voranzukommen.“ – Bundesfamilienministerin Franziska Giffey.

**Deine Ansprechpartner**



Jürgen Kroth  
Vorsitzender SPD-Kleinwallstadt

juergen.kroth@spd-  
kleinwallstadt.de



Marco Wetzelsberger  
Fraktionsvorsitzender

marco.wetzelsberger@spd-  
kleinwallstadt.de



Samuel Herrmann  
Jugendbeauftragter

samuel.herrmann@spd-  
kleinwallstadt.de



Karlheinz Bein  
Seniorenbeauftragter

karlheinz.bein@spd-  
kleinwallstadt.de

**Werde Mitglied!**

**Wie unsere Kandidatin für  
den Juso-Bundesvorsitz  
Jessica Rosenthal:**

*Denn Zukunft  
machen wir selbst!  
Mit Mut, mit Willen,  
mit klarem Kopf –  
und manchmal auch  
mit erhobenem  
Mittelfinger.*

**JUSOS**  
BUNDES  
KONGRESS  
2020



**DIE  
SPD-KLEINWALLSTADT  
WÜNSCHT  
FROHE  
WEIHNACHTEN**

